

Diskussionskonzept für Veranstaltungen und Bildung lokaler Unterstützer-Gruppen

Politik und Medien haben eine Desinformationskampagne gestartet, um die Öffentlichkeit von der Forderung nach der Öffnung von Nordstream 2 abzubringen. Da man wenige sachliche Argumente vorbringen kann, versucht man, die Bevölkerung durch unbewiesene Behauptungen, Vermutungen und Halbwahrheiten zu verwirren. Unser Ziel muss es deshalb sein, diese Kampagne durch sachliche Diskussion und Aufdeckung dieser Manipulationsversuche scheitern zu lassen. Je mehr das gelingt, um so mehr wird der Widerstand gegen Nordstream 2 geschwächt. Deshalb ist eine umfassende Information und Aufklärung der Bevölkerung wichtig.

Vorgeschichte

Gas galt Jahre lang als billige, zuverlässige und umweltfreundliche Energieform.

Regierung, Bürger und Wirtschaft unterstützten den Ersatz von Öl durch Gas als Energieträger. Nicht zuletzt sollte auch die Abhängigkeit vom Öl und der OPEC reduziert werden. Nach der Katastrophe von Fukushima 2011 wurde der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Gas und erneuerbare Energien wurden verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt.

Seit 1980 war der Gasverbrauch in Deutschland von 60 Mrd m³ auf 90 Mrd gestiegen, zuletzt entfiel fast die Hälfte davon auf Russland. Entsprechend dem wachsenden Bedarf war auch das europäische Pipeline-Netz(1) ausgebaut worden. Von den damit verbundenen Transitgebühren profitierten viele Staaten besonders im Osten Europas (Weißrussland, Baltische Staaten, Polen und Ukraine).

Mit Nordstream1 wurde 2011 eine Pipeline durch die Ostsee von Russland direkt nach Deutschland verlegt. Die Pipeline-Betreiber als Wirtschaftsunternehmen konnten damit die Kosten der Transit-Gebühren reduzieren. Auch politische Risiken wurden gemindert. Denn besonders die Ukraine hatte sich immer wieder durch Gasdiebstahl, Durchleitungsboykott und unbezahlte Gasrechnungen als Unsicherheitsfaktor erwiesen.

Der milliardenschwere Ausbau des Pipelinenetzes bedeutete jedoch, dass Russland trotz aller politischer Differenzen über all die Jahre als zuverlässiger Lieferant angesehen wurde. Mit Nordstream 2 wurde 2013 eine weitere direkte Verbindung unter der Ostsee in Angriff genommen. Diese hätte 2019 in Betrieb genommen werden sollen. 2018 hatten alle Baugenehmigungen der deutschen Behörden vorgelegen.

Besonders die bisherigen Empfänger von Transit-Gebühren setzten diesem Projekt heftigen Widerstand entgegen, befürchteten sie doch einen Rückgang ihrer Einnahmen. Dieser Protest wurde international unterstützt von den USA. Diese drängten mit ihrem Flüssiggas auf den europäischen Markt. Aber der Preis des US-Gases war gegenüber dem russischen nicht konkurrenzfähig.

Der Kampf um Marktanteile war auf der Ebene der Wirtschaftlichkeit nicht zu gewinnen. Stattdessen versuchten die USA Deutschland politisch unter Druck zu setzen. Man packte den Musterknaben der westlichen Werte bei seiner Werteorientierung. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Putin wurde moralisch verurteilt als Unterstützung eines autokratischen Systems, das die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Innenpolitisch wurde diese moralistische Argumentation von der Partei die Grünen unterstützt. Werteorientierung inform von Umweltschutz, Frauen-, Minderheiten- und Menschenrechte waren ihre Themen. Damit gelang es ihnen, die Altparteien ab der Mitte der 2010er Jahre zunehmend unter Druck zu setzen und ihren Einfluss in der deutschen Gesellschaft auszubauen. Sie kritisierten die deutsche China- und Russland-Politik wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen.

Mit der Klimabewegung Fridays for Future geriet zudem die Verwendung fossiler Brennstoffe immer mehr in Misskredit. Neben der bisherigen Kritik an Russland wegen seiner Menschenrechtspolitik galt den Grünen nun die Inbetriebnahme von NS2 auch umweltpolitisch als Sündenfall. Besonders aus Angst vor dem sogenannten Klimawandel schlossen sich viele Menschen in Deutschland dieser Sichtweise an und verurteilten NS2. Der Einfluss der Grünen wuchs und damit ihr Druck auf die deutsche und europäische Politik.

Mit der Regierungsbeteiligung der Grünen und der Ernennung des grünen Umweltminister Habeck war die Inbetriebnahme von NS2 immer fraglicher worden. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine war der Stopp der Pipeline beschlossene Sache. Darüber hinaus reagierte der Westen mit weitreichenden Sanktionen, die Russland ruinieren sollten.

Die aktuelle Lage

Die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Russland treffen die eigene Bevölkerung und Wirtschaft wesentlich stärker, als man anscheinend bedacht hatte. Angesichts des drohenden Gasmangels, stark steigender Preise für Energieträger und Lebensmittel sowie zusätzlicher Kosten durch die beschlossene Gasumlage wird die Forderung nach der Öffnung von NS2 immer lauter. Andererseits fällt es mden Meinungsmachern in Politik und Medien immer schwerer, angesichts der Bedrohungen für Bevölkerung und Wirtschaft die Weigerung gegenüber NS2 zu rechtfertigen.

Denn die Pipeline ist randvoll mit Gas, etwa 200 Millionen Kubikmeter. Sie muss nur geöffnet werden, um den Gasmangel zu beheben und damit der Not ein Ende zu bereiten. Stattdessen aber verlangt man von den Menschen, sich immer weiter einschränken. Dieser Widerspruch wird immer schwerer zu erklären und zu rechtfertigen, zumal die Opferbereitschaft in der Bevölkerung stetig abnimmt. Die Stimmung wird zunehmend explosiver.

Weil die Politik argumentativ immer stärker in die Defensive gerät, startete sie mit Unterstützung von Medien und sogenannten Experten eine Desinformationskampagne, die im Kern zwei Behauptungen enthält:

1. NS2 ist überflüssig, weil andere Pipeline nicht ausgelastet sind.
2. Putin hat nicht die Absicht, Gas zu schicken. Er setzt Gas als Waffe ein, um die deutsche Gesellschaft und die Europäer zu spalten.

Diesen Behauptungen gilt es argumentativ entgegen zu treten. Es gilt die Verunsicherung in der Bevölkerung durch Tatsachen und nachvollziehbare Sichtweisen zu überwinden.

Quellen

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Transgas-Pipeline#/media/Datei:Major_russian_gas_pipelines_to_europe.png